

**Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD****Nachhaltigkeit der europäischen Fischereipolitik sichern**

In ihrer Mitteilung zur Gemeinsamen Fischereipolitik (KOM[2011]425 endg.) hat die Europäische Kommission Missstände in der bisherigen Fischereipolitik der EU analysiert, Vorschläge für Änderungen unterbreitet und damit einen wichtigen Schritt in Richtung Nachhaltigkeit der Europäischen Fischereipolitik gemacht.

Die von der Kommission identifizierten Problemfelder sind zahlreich: Es ist offensichtlich, dass die Fischbestände übernutzt werden und sich viele Bestände inzwischen außerhalb sicherer biologischer Grenzen befinden. Dies ist überwiegend auf die deutlich zu großen Fangflottenkapazitäten sowie die zu hoch festgesetzten Gesamtfangmengen für die einzelnen kommerziell genutzten Fischarten zurückzuführen. Weiterhin sind die Beifänge und die damit zusammenhängenden Rückwürfe zu hoch, zu viele Nichtzielarten werden an Bord aussortiert und tot oder schwer verletzt zurück ins Meer geworfen. Gerade die Boden berührende Fischerei schädigt das Ökosystem nachhaltig. Auch führt die gegenwärtige Praxis der Fischereisubventionierung nicht zum gewünschten Erfolg. Schließlich erfolgt auch die Vergabe von Fischereinutzungsrechten in internationalen Abkommen nicht ausreichend nach fairen und den Herausforderungen der Globalisierung angemessenen Gesichtspunkten.

Insgesamt kommt die Europäische Kommission zu dem Schluss, dass die bisherige Gemeinsame Fischereipolitik nicht nachhaltig ist – weder in ökologischer noch in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht. Das Verfolgen kurzfristiger Interessen verhindert die Umsetzung wichtiger langfristiger Ziele. Mit ihrem Vorschlag will die Kommission daher einen Paradigmenwechsel vornehmen. Ihre Empfehlungen und Konzepte bieten dabei einige gute Ansätze. Einige der Vorschläge gehen jedoch nicht weit genug, wichtige Punkte werden noch nicht ausreichend berücksichtigt.

Bremen, insbesondere Bremerhaven, hat als Standort der Fischereiwirtschaft ein hohes Interesse an einer nachhaltigen, europäischen Politik. Nur wenn es Fisch gibt, kann auch in Zukunft Fisch gefangen, verarbeitet und gegessen werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die positiven Vorschläge der Europäischen Kommission in Richtung einer nachhaltigen Gemeinsamen Fischereipolitik der Europäischen Union, sieht aber gleichzeitig, dass diese Vorschläge noch nicht ausreichend sind, um eine nachhaltige Nutzung der Fischereibestände zu gewährleisten.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, folgende Positionen im Bundesrat und in den europäischen Gremien zu vertreten:

- Die Haltung der Kommission, die aktuelle Praxis des Fischfangs zu überdenken und dabei für die Zukunft auf eine umfassende Nachhaltigkeit zu setzen, ist zu unterstützen. Richtig ist der Ansatz, dabei künftig das Prinzip des maximalen nachhaltigen Ertrags zu verfolgen, um die Bestandslage in den nächsten Jahren wieder in ein Gleichgewicht zu bringen, die Nahrungsmittelversorgung zu gewährleisten und wirtschaftliche und soziale Aspekte langfristig zu verbessern. Dies setzt voraus, dass die Fangkapazitäten an die Bestandsgrößen angepasst werden; hierzu fehlt es noch an Vorschlägen.

- Positiv ist auch die Absicht, verstärkt auf wissenschaftliche Daten und Empfehlungen zu setzen, um Fangmengen festzusetzen und Vorschriften und Kontrollen noch besser umsetzen zu können.
- Die Überlegungen der Kommission, die Rückwürfe zu reduzieren und die Fischerei zu verpflichten, in der Regel den Gesamtfang anzulanden, gehen in die richtige Richtung. Jedoch müssen die Fischereitechniken auch im Allgemeinen noch deutlich verbessert werden. Finanzielle Anreize für die Entwicklung und den Einsatz Beifang vermeidender Fischereitechnik wären sinnvoll.
- Richtig ist auch das Vorhaben der Kommission, die Rolle der Makroregionen im Bereich der Fischereiorganisation zu stärken und so die unterschiedlichen Gegebenheiten und Interessen deutlicher zu berücksichtigen.
- Die Verbraucherinnen und Verbraucher sollen in Zukunft umfassender über Fischereierzeugnisse informiert werden, um so selbst durch den Einkauf nachhaltige Fischerei zu unterstützen.
- Die Ausweisung von fischereifreien Meeresschutzgebieten, die maßgeblich zum Aufbau der Fischbestände und zur Erholung zerstörter Lebensräume beitragen könnten, ist dringend erforderlich, fehlt aber in den Vorschlägen der Kommission.
- Die bestehende Praxis der Subventionierung der Fischerei in der Europäischen Union erfordert eine weitreichende Überarbeitung. Sie muss stärker daran orientiert sein, die ökologischen, wirtschaftlichen, und sozialen Ziele der Gemeinsamen Fischereipolitik zu erreichen.
- Beim Abschluss von internationalen Fischereiabkommen ist auch bei Verträgen mit Drittländern sicherzustellen, dass die Nahrungsquelle Fisch nachhaltig erhalten bleibt.

Frank Willmann, Dr. Hermann Kuhn,  
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Manuela Mahnke, Frank Schildt,  
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD